

2. Forum Neue Politik der Arbeit: Die Zukunft eines qualitativen Keynesianismus in Europa 26. Sept. 2003 in Dortmund

Karl Georg Zinn

Zusammenfassung

Die westeuropäischen Länder weisen erhebliche Unterschiede in der langfristigen Entwicklung von Arbeitslosigkeit und sozialer Armut auf. Die markanten Differenzen deuten auf historisch tiefer liegende sozioethische Divergenzen hin. Mit Rückgriff auf Alfred Webers kultursoziologische Entwicklungstheorie werden der Einfluss der politischen Kultur bei jenen Differenzen thematisiert und die beschäftigungspolitischen Alternativen, wohlfahrtsstaatlich-keynesianische versus neofeudalistisch-liberalistische Beschäftigungspolitik, als Ausfluss unterschiedlicher Sozialkulturen interpretiert.

Hinweis zum Begriffsverständnis

Unter dem originären Keynesianismus wird im folgenden die von John Maynard Keynes (1883 – 1946) seit den 1920er Jahren schrittweise ausgeführte neue Wirtschaftstheorie verstanden. Sie stand von Anfang an sowohl theoretisch als auch politisch und sozioethisch im Gegensatz zur damals und heute wieder herrschenden Schule, der neoklassischen Theorie und ihres ideologischen Abkömmlings, des Neoliberalismus'. Die Keynesische Theorie fand ihre bedeutendsten Vertreter seit den späten 1930er Jahren in den angelsächsischen Ländern, wo seit den 1970er Jahren dann aber auch die monetaristische Gegenrevolution zu Keynes stattfand, ehe sie weltweit, insbesondere auf die OECD-Länder übergriff.

Trotz seiner gegenwärtigen Minderheitsposition an den Hochschulen, in der Politik und in der öffentlichen Darstellung hat sich der Keynesianismus in den hoch entwickelten kapitalistischen Ländern als eine, ja wohl die wichtigste Alternative zur vorherrschenden neoklassischen bzw. neoliberalistischen Lehrmeinung behauptet und tritt heute wieder etwas vernehmbarer, in verschiedene Unterströmungen differenziert, mal recht kritisch und radikal, dann wieder eher in einer auf vorsichtige Einwände beschränkten Ja-aber-Attitüde in die Arena der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung. Als ein pikantes ideologisches Verwirrspiel darf wohl der sogenannte „Neue Keynesianismus“ charakterisiert werden. Er übernahm die fundamentalen Prämissen der neoklassischen Theorie, insbesondere den mikroökonomischen Ausgangspunkt – im Unterschied zur makroökonomischen Analyse des originären Keynesianismus -, und vereinnahmte Keynes wie schon John Richard Hicks (Hicks, 1937), nach ihm mit weltweiter Resonanz Paul Anthony Samuelson für die so genannte „neoklassische Synthese“. Keynes' kapitalismuskritische und gegen das

Gleichgewichtsdogma gerichtete Krisentheorie hatten in diesem „Bastardkeynesianismus“, wie ihn Joan Robinson titulierte, keinen Platz (vgl. zum Überblick Cassidy, 1996). Vor allem aber gilt dies für Keynes' Analyse der langfristigen Entwicklung reifer kapitalistischer Ökonomien und die daraus resultierende Stagnationstheorie mit ihren hoch aktuellen Handlungsempfehlungen, insbesondere dem Plädoyer für Arbeitszeitverkürzung (Keynes, 1943). Unabhängig von Keynes gelangte Jean Fourastié (1907 – 1990) 1949 zur gleichen Vorhersage, dass die hoch entwickelten kapitalistischen Länder „gesetzmäßig“ auf die Wachstumsstagnation zulaufen (Fourastié, 1954). Im Unterschied zu seiner Tertiarisierungsprognose wurde Fourastiés Stagnationstheorie genauso ignoriert wie die wenige Jahre zuvor von Keynes' umrissene.

Europas politische und theoretische Schwäche

Die seit mehr als zwei Jahrzehnten anhaltende Beschäftigungskrise und das ihr gegenüber evidente Versagen der neoliberalistisch inspirierten Politik haben inzwischen eine gewisse Rehabilitierung der Keynesschen Theorie angestoßen, aber die politisch bestimmenden Institutionen in EU-Europa werden – anders als in den USA - davon noch kaum tangiert. Die breiten Teilen der Öffentlichkeit durch Medien und Wirtschaftswissenschaft aufgeherrschte neoliberalistische Interpretation der aktuellen Situation des Kapitalismus und vor allem die rechtsverbindlichen Festschreibungen neoliberalistischer Handlungsvorgaben während des vergangenen Jahrzehnts – sowohl in den nationalen Gesetzen als auch in den Verträgen, Rechtsverordnungen und Richtlinien der Europäischen Union – wirken als starkes Bollwerk gegen keynesianische Revisionsversuche der missglückten Beschäftigungspolitik. Die „interpretative Leitidee der Vermarktlichung aller Bereiche“ (Prisching, 2003, 187; vgl. auch Huffs Schmid, 2003)) wird auf Dauer weder die aktuellen, noch gar die aufkommenden Zukunftsprobleme sozial befriedigend lösen können. Dies bedeutet aber, dass das Risiko zunimmt, mehr und mehr durch autoritäre Vorgaben zu regieren und damit die demokratische Substanz der Europäischen Union weiter auszuhöhlen. Historische Erfahrungen sprechen allerdings dafür, dass sich wachsende Gegenkräfte regen werden. Wenn Massenarbeitslosigkeit und Sozialstaatsabbau weiterhin in Mittel- und Süd-Europa dominieren, kann es durchaus zu schweren Rückschlägen für die europäische Integration kommen (vgl. Prisching, 2003), aber zugleich ergeben sich dann wieder größere nationale Handlungsspielräume – zugunsten der länderspezifischen sozialetischen Maximen. Die jüngere Geschichte der Europäischen Union erscheint als ein teurer wirtschaftspolitischer Umweg. Es gab im zeitlichen Vorraum sowohl zum Einheitlichen Europäischen Markt (1993)

als auch zur Europäischen Währungsunion (1999) weitsichtige Analysen zu den beschäftigungspolitischen Erfordernissen der Integration (Padoa-Schioppa, 1988) als auch realistische Vorschläge der Europäischen Kommission selbst (Weißbuch, 1993), wie die Massenarbeitslosigkeit merklich reduziert werden könnte. Diese Handlungsempfehlungen lagen cum grano salis auf einer keynesianischen Linie, und gerade deshalb hatten sie keine Chance, umgesetzt zu werden. Zu jener Zeit galt Deutschland noch als der Wirtschaftsprimus in Europa, und Bundesregierung und Deutsche Bundesbank torpedierten die europäischen Initiativen für mehr Beschäftigung. Es war bekanntlich auch die deutsche Regierung, selbstverständlich unter dem ideologischen Einfluss von monetaristischer Bundesbankspitze und strikt neoliberalistisch besetztem Sachverständigenrat, die maßgebend darauf hinwirkte, jene willkürliche Dreiprozentmarge der öffentlichen Nettokreditaufnahme in den Maastrichter Vertrag zu schreiben. Anti-Keynesianismus pur war das. Mehr noch als die willkürliche Festlegung der Defizitgrenze bei drei Prozent ist die völlige Unfähigkeit zu beklagen, auch nur einen mittleren Zeitraum von 10 bis 15 Jahren, also etwa die Dauer von zwei Konjunkturzyklen, bei solchen Entscheidungen ins Auge zu fassen und an künftige Risiken zu denken, denen die Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung stets ausgesetzt sind. Auch nur eine flüchtige Kenntnisnahme der (langfristigen) Stagnationsprognosen von Keynes und Fourastié hätten zur angemessenen Vorsicht anhalten können. An diesem Beispiel politischer Kurzsichtigkeit lässt sich aber auch der indirekte Einfluss des Verlustes der gegenwärtig herrschenden Wirtschaftstheorie ablesen, die ihr Erkenntnisobjekt ahistorisch betrachtet und mit der Geschichtskennntnis auch das Geschichtsbewußtsein verloren hat.¹

Die Konstruktion der Europäischen Zentralbank und ihre enge Ausrichtung auf nur eine gesamtwirtschaftliche Zielsetzung, die Sicherung der Währungsstabilität, sowie die rigide Festschreibung jener willkürlich gesetzten Dreiprozentmarge für die Nettoneuverschuldung öffentlicher Haushalte sind nur zwei Beispiele für die gesetzliche Zementierung anti-keynesianischer Wirtschaftspolitik im Maastrichter Vertrag und seinen Folgeverträgen. Dass die beiden stärksten europäischen Volkswirtschaften, Deutschland und Frankreich, das Drei-Prozent-Kriterium wegen der anhaltenden Wirtschaftskrise nicht mehr erfüllen können, sich dennoch in Bekenntnissen zur finanzpolitischen „Stabilität“ üben (müssen), verdeutlicht, wie widersprüchlich und der Lage völlig unangemessen die neoliberalistischen Festschreibungen in den Wirtschaftsgesetzen sind. Diese Gesetze aus purer Not zu verletzen, macht aber noch keine keynesianische Politik, sondern führt nur zu theorieloser Inkonsistenz des Handelns, zu einem Durcheinander widersprüchlicher Ad-hoc-Aktivitäten. In der europäischen

¹ Wirtschafts- und Sozialgeschichte gehören an vielen deutschen WISO-Fakultäten schon seit längerem nicht

Wirtschaftspolitik hat der Keynesianismus gegenwärtig und auf mittlere Sicht noch keine Chance, eine grundsätzliche Neuorientierung einzuleiten. Es sieht vielmehr so aus, dass der Keynesianismus nach Ostasien ausgewandert ist. Im 21. Jahrhundert dürfte der historisch wichtigste Standort des Keynesianismus, genauer gesagt: seine Verbindung von Markt und wachstums- und beschäftigungsbezogenem Staatsinterventionismus, die VR China sein. Das ist kein Zufall für ein Land, das seit zweieinhalbtausend Jahren bürokratisch und zentralistisch regiert wurde und dessen konfuzianische Staatsphilosophie seit weit über zweitausend Jahren das Ideal des Volkswohlstandes propagierte.

Der europäische Keynesianismus, mit dem wir uns hier befassen, kann als eine theoretische Synthese aus Markt, Staatsinterventionismus und solidarischer Wohlstandspolitik umrissen werden. Diese Charakterisierung erscheint weit genug, um seine zahlreichen Spielarten, seine länderspezifischen Besonderheiten sowie Amalgamierungen mit anderen theoretischen Positionen, insbesondere auch marxistisch fundierten, zu umgreifen. Was aus Keynesischer Sicht geschehen müsste, um Massenarbeitslosigkeit, soziale Armut und Niedergang der Gemeinwesen zu überwinden und die Wohlstandspotentiale der reichen kapitalistischen Ökonomien auch in allgemeinen Wohlstand umzusetzen, wurde in einer kaum überschaubaren Literatur während der vergangenen Krisenjahrzehnte immer wieder publiziert (vgl. beispielsweise die seit 1975 jährlich zum 1. Mai der Öffentlichkeit vorgelegten Memoranden der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“). Die folgenden Ausführungen werden daher primär nicht nochmals eine Liste keynesianischer Handlungsanweisungen vorstellen, sondern im Vordergrund steht die Frage, ob und unter welchen Bedingungen der Keynesianismus in Europa in der Lage sein wird, die quasireligiöse Marktmetaphysik des Neoliberalismus zu überwinden, wie es ihm schon einmal gelungen war, nämlich nach den Katastrophenjahren des Kapitalismus zwischen 1929 und 1945.

Theorie und Praxis

Sozialwissenschaftliche Theorien und insbesondere Wirtschaftstheorien erfüllen faktisch drei Funktionen: 1. Realitätstüchtige Erklärungen im Sinne von Ursache-Wirkungs-Beziehungen zu geben und empirisch prüfbare Prognosen über die Realität zu stellen (*Erklärungsfunktion*); 2. Handlungsempfehlungen zu formulieren (*Beratungsfunktion*); 3. Interessenbezogen und somit werturteilsabhängig Legitimation zu liefern sowohl für wertende Deutungen der Realität als auch für bestimmte Handlungen (*ideologische, normative Funktion*). Bekanntlich gehen diese drei Funktionen in der Politischen Ökonomie häufig ineinander über, und es

mehr zu den Pflichtfächern, und selbst die Geschichte der Wirtschaftstheorie wurde aufs Abstellgleis geschoben.

gehört gerade zur ideologischen Funktion, dass sie von ihren vehementesten Adepten geleugnet wird, so dass manche These, die als der „positiven“ Wissenschaft zugehörend deklariert wird, faktisch Ideologie darstellt und durchaus theologischem Offenbarungswissen gleicht, wie Eric Hobsbawm mit Blick auf neoklassische Gleichgewichtsmodelle konstatierte (Hobsbawm, 1998, 131). Wenn vom Keynesianismus die Rede ist, so trifft auf ihn die skizzierte Differenzierung in drei Funktionen nicht weniger zu als auf den Neoliberalismus bzw. die Neoklassik oder anderer Strömungen der Politischen Ökonomik. Die erklärenden Theorien mögen sich positivistisch geben, aber in der Beratungsfunktion und der ideologischen Funktion können sie es gar nicht sein.

Wie fast alle sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Schulen umfasst auch der Keynesianismus eine erklärende Theorie, die daraus abgeleiteten politischen Leitvorstellungen und deren praktische Umsetzung. Es handelt sich also einerseits um geistes- bzw. kulturgeschichtliche Phänomene und andererseits um Realitätsgestaltung im Sinn des Wirksamwerdens theoretischer Entwürfe in der ökonomischen, materiellen Wirklichkeit. Zur Präzisierung dieser Theorie-Praxis-Dualität sei im Folgenden nicht das Basis-Überbau-Schema herangezogen, sondern die weniger bekannte Entwicklungstheorie von Alfred Weber (Weber, 1921 und 1931/1959), d. h. seine Dreiteilung der historischen Entwicklung in *Zivilisationsprozess*, *Gesellschaftsprozess* und *Kulturbewegung*.²

Unter dem Gesichtspunkt der historischen Entwicklung – und der ist hier ja relevant, wenn über Zukunft gesprochen wird – erscheint die von Alfred Weber vorgeschlagene Untergliederung der „geschichtlichen Totalbewegung“, des „Geschichtsganzen“ in interdependente, aber begrifflich und forschungsanalytisch sinnvoll abgrenzbare Entwicklungsverläufe von drei Teilbereichen ein recht brauchbares Analyseinstrument zu sein, um damit zwischen den allgemeinen, auf alle Sozialökonomien zutreffenden Abläufen einerseits und den kulturspezifischen Besonderheiten eines Gesellschafts- und Wirtschaftssystems andererseits zu trennen.

Alfred Weber sieht im *Zivilisationsprozess* den langfristigen, kulturübergreifenden technisch-wirtschaftlichen Fortschritt, sozusagen die Produktivkraftentfaltung wirksam. Der Zivilisationsprozess korrespondiert mit den historischen Evolutions- bzw. Stufentheorien, die eine universelle, alle Gesellschaften früher oder später erfassende gleichförmige Veränderung behaupten. Der Zivilisationsprozess hat stärksten Einfluss auf den *Gesellschaftsprozess* als das Ensemble seiner Folgen für die soziale Organisation, die zwischenmenschlichen Beziehungen und ihre politischen Institutionen. Auch der Gesellschaftsprozess trägt insofern

universelle Züge, als er zwar verzögert, verzerrt und unter Umständen mit extremen Krisen, aber letztlich doch den vom Zivilisationsprozess erzeugten Zwängen folgen muß. Schließlich trägt die *Kulturbewegung* völlig eigenständige, „unwiederholbare“ Merkmale. Die Kultur verändert sich zwar ebenfalls unter dem Einfluss des Fortschreitens von Zivilisation und Gesellschaft, unterliege aber nicht einer universellen, quasi fest an Zivilisations- und Gesellschaftsprozess angekoppelten kulturellen Unifizierung. Es sei daher auch unzulässig, von dem universellen Zivilisationsprozess – heute etwa der Globalisierung – auf die Herausbildung einer einzigen Weltkultur zu schließen. Kultur bleibe ihren historischen Erbschaften verpflichtet und gebe den beiden anderen Prozessen quasi eine spezifische Färbung.

Der Zivilisationsprozess i. S. technisch-wirtschaftlicher Abläufe weist einen hohen Grad an Einheitlichkeit auf (weil er auf Naturgesetzen beruht!), aber beispielsweise unterscheiden sich die asiatische Kunst, Religion, Philosophie etc. von der europäischen oder präkolumbianischen in unverwechselbarer und nicht wiederholbarer Weise, womit denn auch spezifisch kulturelle Modifikationen im jeweiligen Zivilisations- und Gesellschaftsprozess erklärt werden können. Zivilisations- und Gesellschaftsprozess lassen sich daher auch in gewissen Grenzen prognostizieren, insbesondere gelte dies für die „eigengesetzliche Evolution“ des Kapitalismus (Weber, 1931/1959, 291), aber „Kulturprognosen“ seien nicht möglich.

Wenn Zivilisations- und Gesellschaftsprozess nicht nur in stark integrierten Wirtschaftsregionen wie Europa oder Nordamerika weitgehend homogen verlaufen, sondern es sich sogar um einen global homologen Trend handelt, aber dennoch anhaltende länderspezifische Unterschiede im sozialetisch bestimmten Handeln der Politik bei der Bewältigung der verschiedenen Krisenerscheinungen bestehen, so verweist das auf differierende politische Kulturen. Sie spiegeln sich – was für unser Thema von herausragender Bedeutung ist – auch in den verschiedenen Wohlfahrtsmodellen wider (Esping-Anderson, 1990; vgl. auch verschiedene Beiträge in: Blasche/Hauff, 2003). Das skandinavische bzw. sozialdemokratische Modell zeichnet sich bis heute und dies gewiss nicht zufällig durch vergleichsweise starke politische/kollektive Präferenzen für Vollbeschäftigung, egalitäre Wohlstandsverteilung *und* die Vermeidung sozialer Armut aus, wie noch genauer belegt wird.

In einer schematischen Vergrößerung lassen sich zwischen den drei Teilprozessen Alfred Webers asymmetrische Interdependenzen derart vorstellen, dass der Zivilisationsprozess stark

² Um beckmesserischen Einwänden vorzubeugen, sei bemerkt, dass Webers Entwicklungstheorie hier als

auf die beiden anderen einwirkt, wohingegen von diesen nur relativ schwache Einflüsse auf den Zivilisationsprozess ausgehen, diesen jedenfalls in seinem quasi gesetzmäßigen Ablauf nicht unterbinden (vgl. Abb. 1).

Abbildung 1 einfügen

Die drei Teilprozesse zeigen deutliche Analogien zu den drei Subsystemen der Zivilisationstheorie des Brasilianers Darcy Ribeiro, der zwischen adaptivem, assoziativem und ideologischem Teilsystem unterscheidet (Ribeiro, 1971) und der – ähnlich wie A. Weber – die langfristig entscheidende historische Bewegungskraft im adaptiven System, genauer: dessen „technologischen“ bzw. zivilisatorischen „Revolutionen“, wirksam sieht. Die Erklärungsfunktion von Theorien lässt sich dem Zivilisationsprozess, die Beratungsfunktion dem Gesellschaftsprozess und die ideologische Funktion der Kulturbewegung zuordnen. Auf den Keynesianismus angewandt, ergibt sich mit der unvermeidlichen Vergrößerung, die solchen Schematisierungen eignet, folgende Synopse:

Alfred Webers Entwicklungstheorie

Zivilisationsprozess

betrifft die (quasi) gesetzmäßige Abfolge der Phasen des technologischen Fortschritts und das daraus resultierende wirtschaftliche Wachstum

Gesellschaftsprozess

betrifft u. a. die politische Gestaltung der Sozialbeziehungen und des sozialökonomischen

Keynesianismus

Erklärung und Prognose des konkurrenzkapitalistischen Systems; hierzu gehören u. a. die zyklischen Krisen, die ständige Unterbeschäftigungstendenz (Unterbeschäftigungsgleichgewicht), der langfristige Wachstumsrückgang (Stagnationstheorem), der Strukturwandel durch das Zusammenwirken von Rationalisierung/Produktivitätswachstum und Sättigung der „absoluten“ Bedürfnisse; Kritik an der (neoklassischen) Gleichgewichtstheorie
Formulierung von konjunkturpolitischen Handlungsanweisungen für die Finanz- und die Zentralbankpolitik (antizyklische Politik) und für den beschäftigungspolitischen Umgang mit der

Rahmens der technisch- Wirtschaftlichen Entwicklung	Stagnation; verteilungspolitische Argumentation zugunsten einer Steigerung der Konsumnachfrage und der (induzierten) Investition; Kritik an Laissez-faire-Vorstellungen
Kulturbewegung Betrifft die moralische Orientierung und Legitimation der politischen Handlungen	Keynessches Verständnis des Wohlfahrtsstaates; Orientierung an der Solidaritätsidee; Anerkennung der Vor- und Fürsorgeaufgabe des Staates und der verteilungs- und schutzpolitischen Unverzichtbarkeit von Gewerkschaften; soziales, egalitäres Freiheitsverständnis, d. h. ein auf mäßige Einkommens- und Vermögensunterschiede gerichtetes Gerechtigkeitskonzept

Die Kernkräfte in der gegenwärtigen Phase des Zivilisationsprozesses

Die langfristige ökonomische Entwicklung als Teil des Zivilisationsprozesses wird vor allem durch zwei fundamentale Trends bestimmt - den technischen Fortschritt und die mit steigendem Einkommen eintretende relative Sättigung. Der technische Fortschritt zeigt sich im Produktivitätswachstum (Prozessinnovationen) und der qualitativen Veränderung bzw. Erweiterung des Güterangebots (Produktinnovationen). Mit dem Anstieg des (Durchschnitts-) Einkommens macht sich das „Sättigungsgesetz“ (= Erstes Gossensches Gesetz; Gesetz des sinkenden Grenznutzens) geltend, so dass die Nachfrage auf den betroffenen Märkten stagniert und auf andere Märkte abwandert, wo die Sättigungsgrenze noch nicht erreicht ist. Das Zusammenspiel von technischem Fortschritt und relativer Sättigung bewirkt den langfristigen Strukturwandel, wie er u. a. von Jean Fourastié dargelegt wurde (Fourastié, 1954; Reuter, 2000, 178 ff.).

Der Strukturwandel von der Agrar-, über die Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft mündet – das ist die Kernaussage der Zukunftsprognose von Keynes wie von Fourastié – in der Wachstumsstagnation. Anhaltende Stagnation bedeutet jedoch für den realen Kapitalismus eine schwere Krise, die mit der Dauer der Stagnation ein Ausmaß erreicht, das er mit seinen herkömmlichen Mechanismen nicht mehr bewältigen kann. Der Zivilisationsprozess gebiert die Stagnation und provoziert damit politisches Handeln; es mag der Lage angemessen sein oder sie verschlimmern. Die Überwindung der Krise erfordert aber letztlich weitreichende ordnungspolitische Neuregelungen – oder gar den Systemwechsel.

Beide Möglichkeiten setzen jedoch politische Interventionen voraus, so dass eben keine „Selbsteilung“ durch Marktkräfte möglich ist, wie die klassisch-neoklassische Wirtschaftstheorie wissenschaftlich zu begründen versucht und der Neoliberalismus ideologisierend propagiert, sondern die politische Kultur müsste in der Lage sein, die sachgerechte Antwort zu geben.

Der realwirtschaftliche Prozess, d. h. das Zusammenwirken von technischem Fortschritt und strukturellen Nachfrageverschiebungen, verläuft quasi gesetzmäßig, womit gesagt werden soll, dass es erstens um eine früher oder später in allen sich industrialisierenden Gesellschaften unvermeidlich eintretende Entwicklung geht und deshalb zweitens der politische Einfluss nur modifizierend, beschleunigend oder verlangsamen, wirkt, aber den wirtschaftshistorischen Ablauf nicht prinzipiell verändert.

Die Bedeutung der Politik tritt jedoch dort markant hervor, wo es zu strukturellen Übergängen kommt – einst beim Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft, gegenwärtig von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft und der damit zugleich einsetzenden Stagnationsphase. Das politische Management der stets krisenhaften Übergangserscheinungen folgt jedoch keiner Quasi-Gesetzmäßigkeit, sondern wird durch die jeweiligen wirtschafts- und gesellschaftstheoretischen Referenzvorstellungen und die hierbei einwirkenden Machtkonstellationen, also den Eigenwilligkeiten des Gesellschaftsprozesses und der Kulturbewegung, kanalisiert. In solchen Umbruchphasen spielt die politische Kultur eine ausschlaggebende Rolle. In ihr verdichten sich die ideologischen, mentalen, generell die kulturgeschichtlichen Vorgaben einer Gesellschaft. Die Auswahl einer bestimmten ökonomischen Orientierungslehre und ihr Aufstieg zur herrschenden Realitätsdeutung erklären sich aus diesem Zusammenhang. Die politische Kultur wirkt selektiv und bestimmt gegenwärtig, ob sich die neoliberalistische oder die keynesianische oder auch ein ganz anderes Interpretationsmuster durchsetzt und die herrschende Ideologie prägt.

Die zentrale Rolle des Staates und die sozialetischen Präferenzen des Keynesianismus

Mehr Beschäftigung durch weniger Ungleichheit?

Erfolgreiche Beschäftigungspolitik europäischer Länder scheint unter den gegenwärtigen Bedingungen einer lang anhaltenden Wachstumsschwäche in aller Regel mit einem hohen Maß staatlicher Interventionen einher zu gehen. Die meisten europäischen Länder mit relativ niedrigen Arbeitslosenquoten erreichen zugleich die höchsten Abgaben- und Staatsquoten, d. h. dort liegen Staatsausgaben und Steuern – jeweils als Prozentsätze des

Bruttoinlandsprodukts gemessen – über dem internationalen Durchschnitt. Es handelt sich um EU-Mitglieder, die das „skandinavische Wohlfahrtsstaat-Modell“ i. S. Espin-Andersons geschaffen haben. Besonders beeindruckt aber, dass diese Länder die besten Rangplätze beim internationalen Vergleich des Armutsindex einnehmen, der im „Bericht über die menschliche Entwicklung“ des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen für 17 der hoch entwickelten Länder ausgewiesen wird (Menschliche Entwicklung, 2002, 188). Schweden schneidet am besten, die USA am schlechtesten ab (vgl. Tab. 1). Deutschland liegt mit Rang 6 beim Armutsindex noch relativ weit vorn, worin sich die nach wie vor recht stabile Präferenz der Wählermehrheit für den deutschen Sozialstaat bzw. die (originäre) „Soziale Marktwirtschaft“ (Vester, 2003, 70) niedergeschlagen haben dürfte. Jedoch war der Konflikt zwischen den Befürwortern von „sozialer“ und „freier“ Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland von Anfang an virulent (Zinn, 1986 u. 1992), und in den vergangenen zwei Jahrzehnten erzielte die Parteien übergreifende „Freie-Markt-Fraktion“ – nicht zuletzt dank der ideologischen Katalysatorfunktion des von den meisten Medien verbreiteten Neoliberalismus – erhebliche Terraingewinne.

Tabelle 1 einfügen

Die Höhe der Abgaben- oder der Staatsquote allein besagt zwar noch nicht viel über die mehr oder weniger günstige Beschäftigungslage, aber es ist doch auffällig, dass die europäischen Länder mit den niedrigsten Arbeitslosenquoten im mehrjährigen Durchschnitt und vor allem mit den günstigsten Ergebnissen bei der gesellschaftlichen Armut zugleich die höchsten Abgabenquoten aufweisen. Daraus lassen sich einige wichtige Schlussfolgerungen ziehen. Erstens sind hohe Abgabenquoten offensichtlich nicht nur kein Hindernis für niedrige Arbeitslosenquoten, sondern hier dürfte ein ursächlicher Zusammenhang derart bestehen, dass mit Steuergeldern direkt oder indirekt Arbeitsplätze geschaffen werden. Das ist offenkundig ein Keynesches Konzept. Zweitens besteht kaum ein Zweifel daran, dass nur durch wohlfahrts- bzw. sozialstaatliche Regelungen, die nun einmal auch Geld kosten, die soziale Armut niedrig gehalten werden kann. Drittens widerlegen die langfristig hohen, über dem EU-Durchschnitt liegenden Abgabenquoten in den skandinavischen Ländern, den Niederlanden und selbst in Luxemburg die zweckideologischen Behauptungen, dass solche Steuer- und Abgabenbelastungen in der „globalisierten“ Wirtschaft notwendig die Arbeitslosigkeit in die Höhe trieben.

Oder mehr Beschäftigung durch mehr Ungleichheit?

Interpretationsbedürftig ist allerdings auch die Tatsache, dass relativ niedrige Abgabenquoten ebenfalls mit relativ niedrigen Arbeitslosenquoten auftreten können (so USA, Japan, UK). Da diese Länder aber zugleich recht schlechte Rangplätze beim Armutsindex einnehmen, liegt die Hypothese nahe, dass zwei recht verschiedene beschäftigungspolitische Strategien möglich sind, nämlich die wohlfahrtsstaatlich-keynesianische einerseits und die neofeudalistisch-liberalistische andererseits (vgl. ausführlicher Zinn, 2003). Die erste Alternative zeichnet sich durch weitreichende staatliche Interventionen zugunsten von Beschäftigung *und* stärker nivelliertem Wohlstand aus; die letztere setzt hingegen auf die Marktmechanismen und forciert Verteilungsungleichheiten in der Absicht, eine wachsende Zahl billiger Arbeitskräfte für die Dienstleistungsnachfrage wohlhabender Haushalte bereit zu stellen, zielt also auf das lange vorhersehbare neofeudalistische Gesellschaftsmodell (vgl. Zinn, 1978, 79 ff.). Das Ergebnis war u. a. das Anwachsen der deklassierten Gruppe der „working poor“ in den USA (Ehrenreich, 2001) und große Altersarmut in Großbritannien sowie die völlig unzureichende medizinische Versorgung breiter Bevölkerungsteile in beiden angelsächsischen Ländern. Doch selbst die neoliberalistischen Regime in den USA und Großbritannien zeigten in ihrer Konjunkturpolitik weit mehr keynesianischen Pragmatismus als die meisten Länder des Euro-Gebietes (vgl. Cassidy, 1996; Volz, 2003).

Der Einfluss des sozialetischen Kulturerbes

Wenn also im Hinblick auf die Absenkung der statistischen Arbeitslosenquote zwei völlig verschiedene wirtschaftspolitische Strategien möglich sind, die sich jedoch fundamental in den jeweiligen Armutsentwicklungen unterscheiden, so müssen offenkundig verschiedene *sozialetische* Leitvorstellungen dafür bestimmend sein. Es handelt sich um Unterschiede der „politischen Kulturen“. Diese sind nur durch die jeweiligen langfristigen historischen Einflüsse zu erklären. An dieser Stelle kann auf deren Entstehungsgeschichte nicht eingegangen werden, aber es sollte wenigstens auf die Bedeutung der Geschichte und der ihr eingebetteten sozialetischen Kollektivvorstellungen der Gesellschaften hingewiesen, denn – um sinngemäß Kierkegaard zu zitieren – das Leben muß zwar nach vorwärts gelebt werden, aber verstehen kann man es nur nach rückwärts.

Der staatliche Interventionismus zugunsten der Beschäftigungssicherung stellt bekanntlich das zentrale Anliegen von Keynes und seiner Schule dar (Zinn, 1988 u. 1995).

Vollbeschäftigung erhält gegenüber anderen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen die

Priorität. Das ist sozusagen das sozialetische Fundament des Keynesianismus, und normativ betrachtet lässt er sich *cum grano salis* mit der wohlfahrts- bzw. sozialstaatlichen Strömung identifizieren, die sich während und nach dem Zweiten Weltkrieg in Westeuropa herausbildete. Beschäftigungspolitische Staatsinterventionen plus einer wohlfahrtsstaatlichen Sozialethik gehen, wie skizziert, in aller Regel, wenn nicht sogar unabdingbar mit einer relativ hohen Staatsquote einher. Damit soll selbstverständlich keine Gleichsetzung von Keynesianismus und „hoher“ Staatsquote suggeriert werden; das wäre eine völlig verkürzte Sicht, wie bereits ausgeführt wurde. Doch ohne – theoretisch fundierten – Staatsinterventionismus und eine *dauerhaft* tragfähige Finanzierung der Staatsausgaben, nämlich durch Steuern statt fortlaufender Kreditaufnahme, dürfte es gegenwärtig unmöglich sein, keynesianische Wirtschaftspolitik zu praktizieren. Dies gilt erst recht für die Finanzierung des Wohlfahrts- bzw. Sozialstaates, d. h. für die verantwortliche Wahrnehmung des „Kultur- und Wohlfahrtszweckes“ im Sinn des „Wagnerschen Gesetzes“³. Es ist unvereinbar mit der neoliberalistischen Maxime des „schlanken Staates“ und allen privatwirtschaftlichen Schmalspurlinien zur sozialen Absicherung.

Aus den skizzierten Hauptmerkmalen des Keynesianismus ergibt sich, dass er eine verteilungspolitische Konzeption impliziert, die konträr zum neoliberalistischen Verständnis des kapitalistischen Marktsystems steht. Die keynesianische Argumentation für eine gleichmäßigere Einkommens- und Vermögensverteilung greift auf zwei verschiedene Begründungen zurück. Erstens handelt es sich um eine sozialetische Norm im Sinn der „Verteilungsgerechtigkeit“. Zweitens handelt es sich um eine wirtschaftstheoretische Überlegung: Hoch entwickelte Volkswirtschaften werden in ihren Wachstums- und Beschäftigungsmöglichkeiten nicht von der Angebotsseite her begrenzt, sondern es fehlt die notwendige Konsumnachfrage. Nachfrageschwäche auf den Konsumgütermärkten wirkt dann auch lähmend auf die Investitionstätigkeit. Letztere absorbiert nicht mehr die auf dem Vollbeschäftigungsniveau anfallenden Ersparnisse, so dass dann ein Schrumpfungsprozess eingeleitet wird, der erst auf jenem Unterbeschäftigungsniveau zum Stillstand kommt, bei dem die geplante Ersparnis und die geplante Investition wieder übereinstimmen (Keynes' „Unterbeschäftigungsgleichgewicht“). Die Abweichung zwischen freiwilliger Ersparnis und zurückbleibender Investitionen fällt umso größer aus, je ungleichmäßiger die Einkommens- und Vermögensverteilung ist. Hingegen wirkt eine nivelliertere Kaufkraftverteilung der beschäftigungsschädlichen Nachfrageschwäche dadurch entgegen, dass insgesamt mehr

³ Benannt nach dem deutschen Finanzwissenschaftler Adolph Wagner (1835 – 1917), der die progressive Zunahme der öffentlichen, insbesondere der Staatstätigkeit auf die wachsende Bedeutung des „Kultur- und Wohlfahrtszweckes“ staatlichen Handelns gründete.

konsumiert bzw. weniger gespart wird, d. h. die Konsumquote der Volkswirtschaft steigt mit der gleichmäßigeren Kaufkraftverteilung zwischen den Konsumenten. Eine nivellierende Steuerpolitik (starke Steuerprogression wie z. B. in Schweden) kommt somit der Vollbeschäftigung entgegen.

Vorrang der Arbeit und das Stagnationstheorem

Ideologisch lässt sich der Keynesianismus – jedenfalls tendenziell – als eine arbeitsorientierte Wirtschaftslehre charakterisieren, so wie andererseits der Neoliberalismus in der heutigen Praxis kapitalorientiert ist. Damit liegt auch die interessenmäßige und klassenbezogene Zuordnung auf der Hand. Es erscheint politisch „logisch“, dass der Keynesianismus von den Gewerkschaften, der Neoliberalismus von der kapitalistischen Gegenseite propagiert wird. Die Keynesische Wirtschaftstheorie ist jedoch nicht nur die jüngere und in diesem Sinn auch modernere, sondern sie erweist sich sowohl durch ihre Bewährung als krisenpolitische Handlungslehre als auch durch ihre empirisch zutreffende Langfristprognose (Keynes, 1937 u. 1943; Zinn, 1998; Reuter, 2000, S. 138 ff.) allen anderen gegenwärtigen Wirtschaftslehren, insbesondere dem Neoliberalismus, als überlegen - wissenschaftlich und in der wirtschaftspolitischen Praxis (Cassidy, 1996; Zinn, 1991). Im Unterschied zu den kurzfristigen, konjunkturorientierten Handlungskonzepten des Keynesianismus (Defizitpolitik), blieb die langfristige Kapitalismusanalyse Keynes', nämlich seine Stagnationstheorie, weitgehend unbekannt ausserhalb der wirtschaftswissenschaftlichen Profession, und selbst dort verflüchtigte sich seit der monetaristischen Gegenrevolution der 1970er Jahre die Keynes-Rezeption mehr und mehr. Die Keynesische Langfristanalyse (Keynes, 1943), die für die hoch entwickelten Volkswirtschaften nachlassendes Wachstum (Stagnation) prognostizierte, so dass Vollbeschäftigung nicht mehr auf dem traditionellen Weg hoher Wachstumsraten zu erreichen sein würde, mündete denn auch nicht in einer ausgetüftelten Neuaufgabe wachstumsstimulierender Politik, sondern Keynes empfahl vor mehr als einem halben Jahrhundert, mitten im Zweiten Weltkrieg (1943 !) für die für ihn damals bereits absehbare Stagnationsepoche schrittweise Arbeitszeitverkürzungen. Dieser Weg zurück zur Vollbeschäftigung wird durch die jüngere ökologische Problemdiskussion zusätzlich gestützt: Letztlich schadet jede Art von Wachstum der Umwelt, so dass es künftig darauf ankommen wird, die Beschäftigungs- und Sozialprobleme auch ohne (hohe) Wachstumsraten zu lösen. Wenn es Sinn macht, von einem „qualitativen Keynesianismus“ zu sprechen, so weist er auf mittlere bis lange Sicht gerade in jene Richtung: Produktivitätssteigerungen nicht mehr in Outputwachstum umsetzen, sondern verstärkt in

Arbeitszeitverkürzungen. Prinzipiell ist dieser Weg ohne Zweifel erfolgreich, wie einzelne Länder – vor allem die Niederlande – gezeigt haben (vgl. Tab. 2).

Tabelle 2 einfügen

Die Niederlande realisieren mit 1389 Jahresarbeitsstunden pro erwerbstätiger Person (1998) nicht nur die kürzeste Arbeitszeit aller EU-Länder, sondern in den Niederlanden wurde die Arbeitszeitverkürzung als beschäftigungspolitisches Instrument auch kontinuierlich von 1950 an genutzt, eben auch noch während der seit Mitte der 1970er Jahre einsetzenden globalen Wachstumskrise. Von 1950 bis 1973 wurden in allen westeuropäischen Ländern hohe Arbeitszeitverkürzungen durchgesetzt. Danach differenzierte sich das Bild aber erheblich. Einige Länder (u. a. Belgien, Deutschland, Frankreich, Norwegen, Österreich, Schweiz) senkten auch weiterhin die Arbeitszeit in erheblichem Maße, wenn auch nicht im bis dahin realisierten Umfang. In anderen Staaten (u. a. Dänemark, Finnland, Italien, Schweden) knickte der Langfristtrend der Arbeitszeitverkürzung jedoch stark nach unten ab.

Wenn die Stagnationstheorie die *friedenswirtschaftliche* Zukunft der hoch entwickelten Volkswirtschaften zutreffend beschreibt, dann führt letztlich kein *demokratieverträglicher* Weg daran vorbei, die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Vorgaben des Keynesianismus zu befolgen. Es bleibt jedoch die Frage, ob der notwendige Politikwechsel noch rechtzeitig durch eine vernünftige Reformpolitik vollzogen oder erst durch katastrophale sozialökonomische Umwälzungen erzwungen wird.

Fazit: An ihren Taten sollt ihr sie erkennen

Die meisten europäischen Regierungen haben gegenüber der Massenarbeitslosigkeit versagt. Die Fehlentwicklung begann bereits vor mehr als zwanzig Jahren, kann also nicht einer einzelnen politischen Strömung bzw. Partei oder gar einer einzelnen Regierung angelastet werden, aber, wie dargelegt, gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den europäischen Ländern. Es stellt sich daher die Frage, ob die „politische Kultur“ in jenen europäischen Ländern, die sich dem Neoliberalismus zuwandten, einen fundamentalen Wandel vollzieht. Die ja grundsätzlich vorhandenen Möglichkeiten, Wachstum und Beschäftigung wieder auf ein Niveau zu bringen, das zur Vollbeschäftigung zurück führt und damit auch die Finanzierungsprobleme des Sozialstaates wesentlich entschärft, werden dort gar nicht mehr wahrgenommen, geschweige denn zielgerichtet genutzt. Könnte es sein, dass Gesellschaften mit einer tief verwurzelten anti-sozialstaatlichen politischen Kultur nur unter dem historischen

Schock des modernen „Dreißigjährigen Krieges“ 1914 bis 1945 und der Systemkonfrontation, die 1989 abrupt zu Ende ging, für ein bis zwei Generationen dem Kapitalismus sozialstaatliche Konzessionen abverlangten, nun aber auf ihr früheres, konservatives Entwicklungsmuster zurückfallen? Ist es nur naive Unbedachtsamkeit oder welche Mentalität kommt etwa zum Vorschein, wenn der 23jährige Vorsitzende der *Jugendorganisation* einer deutschen „Volkspartei“ darauf beharrt, älteren Menschen (genauer: ab 85 Jahren) sollte die Finanzierung von Hüft- und Zahnprothesen durch die Gesetzliche Krankenversicherung künftig verweigert werden (Stock, 2003)? Was kriecht da aus welchem Schoß? Ist das schon ein bisschen Alten-Euthanasie? Die Zeitzeugen der drei Katastrophenjahrzehnte und der mühsamen Rückkehr zur Friedenswirtschaft nach 1945 sind bald gänzlich ausgestorben, und mit ihnen geht lebensgeschichtliche Katastrophenerfahrung verloren. Ob ihr „kulturelles“ Erbe stärker wiegt, als das ihrer Vorfahren, muß erst noch erwiesen werden.

„Politische Kultur“ fungiert hier zwar als eine Verlegenheitsbezeichnung, aber sie drückt doch aus, dass es um die aus der Kultursphäre als eine in langer historischer Entwicklung ausgebildete, sich in Mentalitäten niederschlagende normative Orientierung für das faktische politische Handeln geht. Die politische Kultur gehört teils zur Kulturbewegung, teils zum Gesellschaftsprozess i. S. Alfred Webers. Die politische Kultur *verwendet* sozusagen das vom Zivilisationsprozess bereit gestellte Material. Es kann zum Wohlfahrtsstaat geformt werden oder zu einem Klassenstaat in der „modernen“ Art der neofeudalistischen Zwei-Drittel- oder Drei-Fünftel-Gesellschaft mit integrierten und ausgegrenzten Teilen der Gesellschaft (vgl. Vester u. a., 2001). Welche Richtung die Entwicklung nimmt, wie sie langfristig verläuft, lässt sich besser als durch das Studium von Parteiprogrammen, Regierungserklärungen und dergleichen rhetorischen Dokumenten an den politisch gesetzten Fakten ablesen. Wie hoch liegen die Arbeitslosenquoten eines Landes im langfristigen Durchschnitt? Wie steht es mit der sozialen Armut, den sozialen Sicherungssystemen, den öffentlichen Leistungen, der Staatsquote usw.? Dass und welche erheblichen Unterschiede zwischen den europäischen Ländern hierbei bestehen, wurde dargelegt. Die materiellen, empirisch unmittelbar fassbaren Unterschiede indizieren die geistig-moralischen Gegensätze – Differenzen der politischen Kulturen.

Die Wirtschaftskrise katapultierte den ohnehin zum politischen Geschäft gehörenden Opportunismus und Karrierismus wieder auf einen Gipfel. Der politischen Rhetorik ist daher gegenwärtig noch weniger zu trauen als in „normalen“ Zeiten. Deshalb gilt umso mehr die Regel: an ihren Taten sollt ihr sie erkennen. Nur die empirischen Indikatoren, die die konkrete gesellschaftliche Lage anzeigen, sind aussagekräftig. Nur daran lässt sich ablesen, ob die

politische Kultur eines Landes, sein sozialetisches Erbe, eher keynesianisch-wohlfahrtsstaatlich tendiert oder ob die Gegenposition (wieder) dominiert. Die resultierende Landkarte der politischen Kultur(en) Europas kann dann als zuverlässigere Orientierung für Zukunftseinschätzungen dienen, als dies durch noch so viele Analysen politischer Schönrede möglich ist. Die Zukunft eines qualitativen Keynesianismus´ in Europa dürfte somit – wenn überhaupt – im Norden, nicht im Westen, Süden oder Osten des Kontinents heranwachsen.

Literatur

- Bielenski, Harald/Bosch, Gerhard/Wagner, Alexandra, (2002), *Wie die Europäer arbeiten wollen. Erwerbs- und Arbeitszeitverhalten in 16 Ländern*, Frankfurt/M-New York.
- Blasche, Siegfried/von Hauff, Michael, (2003), Hg., *Leistungsfähigkeit von Sozialstaaten*, Marburg.
- Bluestone, Barry/Harrison, Bennett, (2002), *Geteilter Wohlstand. Wirtschaftliches Wachstum und sozialer Ausgleich im 21. Jahrhundert*, Frankfurt/M-New York.
- Cassidy, John, (1996), *The Decline of Economics. John Maynard Keynes was one of the most revered men of his time. Fifty years after his death, where are his successors?*, in: *The New Yorker*, vom 2. Dezember 1996, S. 50-60.
- Dreitzel, Hans Peter, (1972); Vorwort, in: derselbe, Hg., *Sozialer Wandel. Zivilisation und Fortschritt als Kategorien der soziologischen Theorie*, 2. A., Neuwied-Berlin, S. 5 – 91.
- Ehrenreich, Barbara, (2001); *Arbeit poor. Unterwegs in der Dienstleistungsgesellschaft*, mit einem Nachwort von Horst Afheldt, München.
- Esping-Anderson, Gøsta, (1990), *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge.
- European Economy 5/2002, European Commission. Directorate-General for Economic and Financial Affairs, Hg., *European Economy*, Nr. 6, (Brüssel), 2002: *The EU Economy: 2002 Review*.
- Fourastié, Jean, (1954), *Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts* (1949), 1.A., Köln-Deutz.
- Ginsberg, Morris, (1958), *Das Problem einer soziologischen Entwicklungstheorie*, in: Dreitzel, (1972); S. 133 – 141.
- Ginsberg, Morris, (1961), *Evolution and Progress. Essays in Sociology and Social Philosophy*, London.
- Hicks, John Richard, (1937), *Mr. Keynes and the "Classics". A Suggested Interpretation*, in: *Econometrica*, 5, S. 147-159.
- Hobsbawm, Eric, (1998), *Wieviel Geschichte braucht die Zukunft*, München-Wien.
- Huffschmid, Jörg, (2003), *Eurokeynesianismus als Alternative zum kontraproduktiven Policy-Mix in der EU*, in: Schui/Paetow, 2003, S. 72-89.
- Keynes, (1936), *The General Theory of Employment, Interest, and Money*, in: JMK, *Collected Writings*, 7, London-Basingstoke 1973.
- Keynes, (1937), *Some Economic Consequences of a Declining Population*, in: JMK, *Collected Writings*, 1973, 14, S. 124 – 133.
- Keynes, (1943), *Economic Possibilities of Our Grandchildren*, in: JMK, *Collected Writings*, 1972, 9, S. 321 – 332.
- Keynes, (1943), *The Long-Term Problem of Full Employment*, in: JMK, *Collected Writings*, 1980, 27, S. 320 – 325.

- Keynes, John Maynard, (1972 ff.; Bd. 1 ff.), Collected Writings of John Maynard Keynes, London-Basingstoke.
- Maddison, Angus, (2002), The World Economy. A Millennial Perspective, Nachdruck der A. v. 2001, Paris: OECD, Development Centre Studies.
- Mattfeld, Harald, (1985), Keynes. Kommentierte Werkauswahl, Hamburg.
- Memorandum 2003, Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 2003. Krise im Schatten des Krieges, Mehr Steuern für mehr Beschäftigung statt Abbau des Sozialstaates, Köln .
- Menschliche Entwicklung 2002, Bericht über die menschliche Entwicklung 2002, Bonn: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen.
- OECD, (2003/1), OECD Wirtschaftsausblick, Nr. 73, Paris, Juni 2003.
- Padoa-Schioppa, Tommaso, (1988), Effizienz, Stabilität und Verteilungsgerechtigkeit. Eine Entwicklungsstrategie für das Wirtschaftssystem der Europäischen Gemeinschaft, Ein Bericht von T. P-S, Vorwort von Jacques Delors, Wiesbaden (Bericht im Auftrag der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 1987).
- Prisching, Manfred, (2003), Politik im neuen Europa, in: Wirtschaft und Gesellschaft, 29, Nr. 2, S. 161-187.
- Reuter, Norbert, (2000), Ökonomik der „Langen Frist“. Zur Evolution der Wachstumsgrundlagen in Industriegesellschaften, Marburg.
- Ribeiro, Darcy, (1971); Der zivilisatorische Prozess, Frankfurt/M.
- Schui, Herbert/Paetow Holger, (2003), Hg., Keynes heute. Festschrift für Harald Mattfeldt zum 60. Geburtstag, Hamburg.
- Stock, Oliver, (2003), Kommentar: Die Last der Jugend, in: Handelsblatt, Nr. 150, vom 7. Aug. 2003, S. 1.
- Vester, Michael/von Oertzen, Peter/Geiling, Heiko/Hermann, Thomas/Müller, Dagmar, (2001), Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Frankfurt/M.
- Vester, Michael, (2003), Der große Verdruß. Der Wandel der gesellschaftlichen Milieus als Herausforderung der Institutionen, in: Lange, Joachim, Hg., Klüngel oder Bürgerwille. Der gesellschaftliche Milieuwandel und die Zukunft korporativer Interessenvertretung, Rehburg-Loccum (Loccumer Protokolle 42/02), S. 33-73.
- Volz, Joachim, Großbritannien: Erfolgreiche antizyklische Wirtschaftspolitik, in: DIW-Wochenbericht, 70, (27. März 2003), Nr. 13-14/2003, S. 197-201.
- Weber, Alfred, (1920), Prinzipielles zur Kulturosoziologie: Gesellschaftsprozeß, Zivilisationsprozeß und Kulturbewegung, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 47, S. 1 – 49.
- Weber, Alfred, (1931/1959), Kulturosoziologie, in: Vierkandt, Alfred, (Hg.), Handwörterbuch der Soziologie, unveränderter Nachdruck, Stuttgart, S. 284 – 294 (auszugsweise wieder abgedruckt in: Dreitzel, 1972, S. 239 – 244).
- Weißbuch, 1993, Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Hg., (1993), Wachstum. Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung. Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert. Weißbuch, Luxemburg (Beilage zum Bulletin der Europäischen Gemeinschaften 6/93).
- Zinn, Karl Georg, (1978), Der Niedergang des Profits. Eine Streitschrift zu den Risiken der kapitalistischen Wirtschaftskrise, Köln.
- Zinn, Karl Georg, (1986), Wachstumsgrenzen – Nachfragegrenzen? – Bemerkungen zu sozialdemokratischen Rezeptionsmängeln der Keyneschen Theorie, in: Haaren, K. v./Klose, H.-U./Müller, M., Hg., Befreiung der Arbeit. Strategien gegen die Arbeitslosigkeit, Naturzerstörung, Entfremdung, Bonn, S. 15-27.

- Zinn, Karl Georg, (1988), Staat und Wirtschaftsordnung im Denken Keynes', in: Ökonomie und Gesellschaft. Jahrbuch 6: Die Aktualität keynesscher Analysen, Frankfurt/M-New York, S. 148-177.
- Zinn, Karl Georg, (1991), Kritische Bemerkungen zur Metaphysik in der Politischen Ökonomie oder: Warum der Keynesianismus seine Zukunft noch vor sich hat, in: Deppe, F./Kebir, S., u. a., Hg., Eckpunkte moderner Kapitalismuskritik, Hamburg, S. 66-86.
- Zinn, Karl Georg, (1992), Soziale Marktwirtschaft. Idee, Entwicklung und Politik der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung, Mannheim u. a.
- Zinn, Karl Georg, (1995), John Maynard Keynes – Wirtschaftstheoretiker des kapitalistischen Sozialstaates, in: Rehberg, Karl-Siegbert/Hausmann, Frank-Ruthger, Hg., Klassiker der Wissenschaften, Aachen, S. 399-415.
- Zinn, Karl Georg, (1998), Die Langfristperspektive der Keynesschen Wirtschaftstheorie, in: Das Wirtschaftsstudium, 27, H 8-9, S. 926 – 935.
- Zinn, Karl Georg, (1999), Sozialstaat in der Krise. Zur Rettung eines Jahrhundertprojekts, Hg. u. Vorwort von Wilhelm von Sternburg, Berlin.
- Zinn, Karl Georg, (2002a), Konjunktur und Wachstum, 5.A., Aachen.
- Zinn, Karl Georg, (2002b), Wie Reichtum Armut schafft. Verschwendung, Arbeitslosigkeit und Mangel, 2. A., Köln.
- Zinn, Karl Georg, (2002c), Zukunftswissen. Die nächsten zehn Jahre im Blick der Politischen Ökonomie, Hamburg.
- Zinn, Karl Georg, (2003), Realitäten und Visionen von Arbeit und Arbeitsmarktpolitik, in: Sozialismus, 30, (Juli-August 2003), Nr. 268, S.4-16.

Tabelle 2

Prozentuale Gesamtänderung der Jahresarbeitszeit pro erwerbstätige Person in der jeweiligen Mehrjahresperiode						
Land	1950-73	1973-98	1973-90	1990-98	1950-98	Jahresarbeitsstunden 1998
A	-10.0	-14.7	-10.5	-4.7	-23.3	1515
B	-18.0	-16.2	-12.5	-4.2	-31.3	1568
DK	-23.6	-4.4	-5.9	+1.5	-27.1	1664
Finnl.	-16.1	-4.1	-2.2	-1.8	-19.5	1637
F	-8.0	-15.1	-13.1	-2.3	-21.8	1503
D	-22.1	-13.1	-13.2	-2.7	-34.2	1523
I	-19.2	-6.5	-6.9	+0.4	-24.5	1506
NL	-20.7	-20.8	-23.0	+3.1	-37.1	1389
N	-18.0	-15.1	-15.1	-2.2	-32.0	1428
S	-19.4	+0.7	-4.0	+4.9	-18.9	1582
CH	-20.7	-17.3	-23.0	+3.1	-37.1	1595
UK	-13.7	-11.7	-3.0	-9.0	-23.9	1489
USA	-8.0	-6.2	-7.1	+1.0	-13.7	1610
Japan	-5.7	-13.9	-4.4	-9.9	-18.8	1758

Quelle: Maddison, (2002), S. 347 (u. eig. Ber.)

Tabelle 1

Land	Armutindex ^{a)}	Soziale Armut ^{a)}	Arbeitslosenquote ^{b)} Mehrjahresdurchschnitt	Staatsquote ^{c)} 1985 - 2002
Schweden	1	6.6	5.47 Ý	61.25 ß
Norwegen	2	6.9	4.30 Ý	55.77 ß
Niederlande	3	8.1	5.52 ß	49.71 ß
Finnland	4	5.1	9.52 Ý	54.24 Ý
Dänemark	5	9.2	6.18 ß	57.72 Ý
Deutschland	6	7.5	7.26 Ý	45.37 Ý
Luxemburg	7	3.9	2.42 ß	46.74 (1990-2002)
Frankreich	8	8.0	10.16 ß	50.11 Ý
Japan	9	11.8	3.25 Ý	31.85 Ý
Spanien	10	10.1	15.34 ß	39.32 Ý
Italien	11	14.2	9.97 Ý	44.12 Ý
Kanada	12	12.8	8.97 ß	42.76 Ý
Belgien	13	8.2	8.43 ß	48.55 Ý
Australien	14	14.3	7.91 ß	35.41 Ý
UK	15	13.4	7.97 ß	40.28 ß
Irland	16	11.1	11.89 ß	40.12 ß
USA	17	16.9	5.73 ß	32.96 Ý
OECD				37.95 Ý (1994-2002)
EU				45.56 Ý (1991-2002)
Euro-Gebiet				45.13 Ý (1994-2002)

↑ = Wert lag am Ende der Periode höher als am Anfang

↓ = Wert lag am Ende der Periode niedriger als am Anfang

Quellen: a) Der Index der „Human and income poverty“ umfasst den Bevölkerungsanteil mit verkürzter Lebenserwartung (< 60 Jahre), den funktionalen Analphabetismus, die Langzeitarbeitslosigkeit und die soziale Armut in drei Definitionen; hier wird die übliche Definition zugrunde gelegt (Einkommen < 50 % des als Median erfassten Durchschnittseinkommens). Siehe Menschliche Entwicklung 2002, S.188; b) OECD, Wirtschaftsausblick, 2003/1, S.246 (eig. Ber. nach den von der OECD standardisierten Arbeitslosenquoten); c) Ebenda, S. 259 (eig. Ber.).

Abbildung 1: Interdependenzen zwischen Zivilisationsprozess, Gesellschaftsprozess und Kulturbewegung (Alfred Weber)

